

Transitzer Zeitung

n e b s t

Görlitzer Nachrichten.

Erscheint jeden
Dinstag, Donnerstag
und Sonnabend.

Expedition:
G. Heinze u. Comp.,
Langestraße No. 35.

No. 73.

Görlitz, Sonnabend, den 21. Juni.

1856.

Deutschland.

Berlin, 17. Juni. Sicherem Vernehmen nach ist von Seiten der gegenwärtigen Regierung der argentinischen Republik die entschiedene Geneigtheit zu erkennen gegeben worden, mit Preußen einen Handels- und Schiffahrts-Vertrag abzuschließen, und steht die Eröffnung desfallsiger Unterhandlungen in Aussicht. Die Zunahme des deutschen Handels nach dem La Plata läßt einen solchen Vertrag auch dießseits als wünschenswerth erscheinen. Während im Jahre 1837 nur erst 7 Seeschiffe von Hamburg nach Buenos-Ayres und Montevideo kamen, langten deren im Jahre 1854, und zwar zum größeren Theile mit Erzeugnissen der Zollvereins-Industrie beladen, von eben daher bereits 72 in jenen beiden Haupthäfen des La Plata an. (An dem Herrn General-Consul v. Gülich in Buenos Ayres besitzt Preußen einen sehr eifrigen und umsichtigen Vertreter.)

— Die vom 1. Januar v. J. ab versuchsweise getroffene Einrichtung, daß kleine Geldbeträge bis 50 Thlr. bei den preussischen Postanstalten zur Auszahlung in Nordamerika und gleicherweise solche Zahlungen in Nordamerika zur Auszahlung in Preußen erfolgen dürfen, ist schon im ersten Jahre ihres Bestehens vielfach benutzt worden, ein Beweis, daß damit dem Bedürfnisse des Verkehrs zwischen Preußen und Nordamerika in der geeignetsten Weise entsprochen ist. Die Summe der baaren Einzahlungen, die im vorigen Jahre zwischen Preußen und Nordamerika befördert wurden, betrug 1) aus Preußen nach Nordamerika 573 Stück zum Betrage von ca. 19,190 Thlr., 2) aus Nordamerika nach Preußen 596 Stück zum Betrage von ca. 15,324 Thlr., zusammen also 1169 Stück zum Betrage von ca. 34,514 Thlr. Ohne Zweifel wird die Benutzung dieser Einrichtung in hohem Grade wachsen, wenn die Vortheile derselben allgemeiner bekannt sein werden. Die zu zahlende Gebühr, welche pro Thaler 1 Sgr. beträgt, ist sehr mäßig, wenn man bedenkt, daß die Einrichtung die größte Sicherheit gewährt.

Berlin, 19. Juni. Auf Grund des Gesetzes vom 7. Mai d. J. wird die preussische Bank demnächst Banknoten zu 10 Thlrn. ausgeben; zu denselben ist weißes Bankpapier verwendet.

— Der „N. Z.“ schreibt man aus Jassy vom 10.: Es wird bekannt sein, daß Oesterreich gegen die Gründung einer moldauischen Landesbank durch zollvereinsländisches Kapital sehr eingenommen war, und daß es, wie sich voraussehen ließ, allen seinen Einfluß anzuwenden suchte, um die Herrn Rulandt ertheilte Concession rückgängig zu machen. Zur großen Freude der hiesigen Bevölkerung, welche auf die Bank große Hoffnungen setzt, sind indeß, wie man zuverlässig melden kann, die österreichischen Proteste, welche sich theils gegen die Errichtung einer Bank im Allgemeinen, theils gegen die Herrn Rulandt ertheilte Concession richteten, vom türkischen Divan abgewiesen worden, so mannigfach auch die Umtriebe der österreichischen Politik in Konstantinopel waren.

Trier, 16. Juni. Zu dem am 24. Juni erfolgenden fünfzigjährigen Dienst-Jubiläum des Generals v. Bonin, Vice-Gouverneurs der Bundesfestung Mainz, wird nach Beschluß des Gemeinderathes eine Glückwunsch-Adresse an den gefeierten, in so gutem Andenken hier noch stehenden Jubilar abgehen.

Stuttgart, 17. Juni. Se. Maj. der König von Preußen ist im besten Wohlfsein hier eingetroffen und mit allen militärischen Ehren empfangen worden. Vom Bahn-

hose bis zum königlichen Schlosse bildete das Publikum, das in ungeheurer Zahl herbeigeströmt war, Spalier und begrüßte ehrerbietig den erlauchten Gast, der an der Seite unseres Königs Wilhelm saß.

Oesterreichische Länder.

Wien, 16. Juni. Bei der Entbindung Ihrer Majestät der Kaiserin ist diesmal ausdrücklich der Fall vorgesehen, daß Zwillinge das Licht der Welt erblicken sollten. Mit 202 Kanonenschüssen würden zwei Prinzen begrüßt werden. Die kaiserliche Familie hat mehrere Zwillingspaare nachzuweisen, und die Anordnungen haben dieses Präcedenz berücksichtigt.

— Die Münzkonferenz in Wien ist durch das Bestehen Baierns darauf, daß neben dem 21-Guldenstücke noch ein zweiter für Baiern und die übrigen süddeutschen Staaten eingeführt werde, so gut als gescheitert, denn man mag auf die Forderung eingehen oder nicht, in beiden Fällen kommt es nicht zu der beabsichtigten Einheit.

— Der Redacteur der „Österr. Post“, J. Kuzranda, ist von dem Kaiser der Franzosen zum Ritter der Ehrenlegion ernannt. Er war während der Friedenskonferenzen in Paris.

— Fürst Esterhazy muß für das Hotel, welches er während der Kaiserkrönung in Moskau bewohnen wird, eine Miete von mehr als 40,000 Rubeln bezahlen.

Wien, 17. Juni. Sämmtliche hohe Würdenträger, die behufs der bischöflichen Conferenzen hier versammelt waren, werden morgen von Seiner Majestät dem Kaiser in einer feierlichen Abschiedsaudienz empfangen werden. Heute fand bei dem Herrn Cardinal-Nuntius Viale Prela ein großes Abschiedsdiner von 60 Couverts statt, zu welchem sämmtliche Cardinäle, Erzbischöfe und Bischöfe, welche die Conferenz bildeten, eingeladen waren.

Aus Galizien wird vom 9. Juni geschrieben: Man will hier wissen, es hätten zwischen der römisch-katholischen Prälaten-Synode und der k. k. Regierung so große Meinungsverschiedenheiten in Betreff der Concordatsauslegung Raum gegriffen, daß beide Theile sich genöthigt gefunden, an die Entscheidung des apostolischen Stuhles zu appelliren, und soll das Ministerium entschlossen sein, für den Fall, daß letztere sich zu Gunsten der von den Prälaten aufgestellten Interpretationen erklärt, die Synode auf unbestimmte Zeit (wahrscheinlich dann wohl bis nach dem Ableben des jetzigen und der Thronbesteigung eines neuen Papstes) zu sistiren.

Von der italienischen Grenze, 14. Juni. Am 9. langte in Turin ein Decret aus London an, welches die Auflösung der anglo-italienischen Legion anbefiehlt. Dieses Decret lag schon seit einem Monate bereit.

Frankreich.

Paris, 12. Juni. In der gestrigen Sitzung des Senates wurde der vom Baron Charles Dupin verfaßte Kommissionsbericht bezüglich des Vorschlages berathen, zu Ehren des Kaisers und der Armee eine Denksäule zu errichten. Nachdem mehrere Redner, worunter Laroche-Jacquelin, das Wort genommen hatten, entschied der Senat, daß der von seiner Kommission ausgegangene Bericht dem Kaiser überreicht werden solle. Der Schlusssatz desselben lautet: „Um die allgemeine Dankbarkeit Frankreichs auszudrücken, um die Erinnerungen an die Siege der Armee und jene an den unter dem Schutze und durch den schirmenden Geist Sr. Majestät Napoleons III. errungenen Frieden zu vereinigen,

gibt der Senat den Wunsch kund, daß ein Gesetz die Errichtung einer Denksäule verfüge."

Paris, 16. Juni. Der gestrige Tag ist auch ohne alle Ruhestörung vor sich gegangen, und die Journale wissen nicht genug von den Schönheiten der Beleuchtung und des Feuerwerks zu erzählen. Letzteres wurde um die Hälfte verringert und das Geld für diese Hälfte den Ueberschwemmten zugedacht. Das ist um so vernünftiger, da Niemand merkte, daß etwas am Programme gefehlt habe. Was aber die Blätter nicht erzählen, ist, daß die Bonbons-Bescherung durch einen Zufall so gut wie vereitelt wurde. Man ließ nämlich den großen Ballon versuchsweise in die Höhe gehen, um zu sehen, ob er auch Kraft genug habe, sich hoch empor zu schwingen. Er ging ungefähr zwei Stockwerke hoch, wurde aber in dieser Höhe von einem Windstoß seitwärts und außerhalb des Verschusses mitten unter die Menge zur Erde geschleudert. Diese hatte natürlich nichts eiliger zu thun, als sich über die zahllosen Bonbonsdüten, die an kleinen Fallschirmen befestigt waren, herzumachen. Sie plünderte den Aeronauten ganz aus, und dieser, der dem Ueberfalle Einzelner wehren wollte, erhielt noch eine ziemliche Anzahl von Faustschlägen mit in den Kauf. Einige Gendarmen zu Pferde mußten dieser komischen Scene eine Ende machen und den unglücklichen Jupiter befreien; aber aus dem Drageenregen konnte nicht viel werden — er hatte nur noch wenige Fallschirme zu seiner Verfügung. Herr Hausmann und Herr Pietri, der Seine- und der Polizei-Präsident, sind beide zu Großoffizieren der Ehrenlegion ernannt worden. — Der Kaiser gab den Douvre-Arbeitern gestern ein Banket.

Paris, 17. Juni. Graf de Morny ist eifrig mit Reise-Vorkehrungen beschäftigt. Er hat erklärt, daß er für seine Sendung keinerlei Art von Gehalt annehmen, sondern bloß die Vergütung seiner Kosten beanspruchen werde, die übrigens beträchtlich genug ausfallen dürften, da der erste Wagen-Fabrikant von Paris die Equipagen und der bekannte Chevreuil die Vivreen geliefert hat; letztere allein kosten mehr als 100,000 Fr. Chevreuil wird die Kisten persönlich nach Petersburg begleiten, um dort das Auspacken zu überwachen.

— In den politischen Kreisen macht ein an den Grafen R. gerichtetes Schreiben des Grafen von Chambord Aufsehen, worin letzterer äußerst entschieden gegen die von einigen Mitgliedern seiner Familie versuchte Fusion Einspruch erhebt und am Schlusse erklärt, daß das Testament seines Vaters für ihn stets den Ausgangspunkt seiner Politik bilden werde.

— Wie verlautet, wird der Erzbischof am 24. Juni in der Kathedrale von Notre-Dame, die bis dahin ihren ganzen Tauffchmuck behalten soll, ein großes musikalisches Hochamt zum Festen der Ueberschwemmten veranstalten. Die Kirche kann 5- bis 6000 Personen fassen, und der Eintrittspreis soll 1 Fr. betragen.

— Dem Senate ist heute der Entwurf eines Senatus-Consultums mitgeteilt worden, welcher betreffenden Falles der Kaiserin die Regentschaft überträgt und einen Regentschaftsrath einsetzt.

— Bei dem Gastmahle im Hotel de ville war die Kaiserin, wie in der Kirche, weiß gekleidet. Auf dem Kopfe trug sie das prachtvolle Diadem, in welchem der „Regent“ benannte Brillant ist und das auf 15 Millionen geschätzt wird. Vierhundert Gedecke waren in der großen Fest-Gallerie und in den 4 anstoßenden Sälen aufgestellt. Die Tafel Ihrer Majestäten stand etwas erhöht in der Mitte. Auf der einen Seite derselben befand sich der Kaiser zwischen der Großherzogin Stephanie von Baden und der Prinzessin Mathilde; auf der andern Seite die Kaiserin zwischen dem Kardinal Patrizi und dem Prinzen von Schweden. Dann kamen: auf der Seite des Kaisers, zur Rechten der Großherzogin, Prinz Napoleon, Prinz Lucien Murat, Baron Hübner und Prinz Joseph Bonaparte; zur Linken der Prinzessin Mathilde der päpstliche Nuntius, die Prinzessin Joachim Murat, Herr Dlozaga und Prinz Joachim Murat. Auf der Seite der Kaiserin, rechts vom Legaten, die Prinzessin Marie von Baden, Lord Cowley, Prinz Louis Lucien, Herzog von Alba; links vom Prinzen Dskar die Prinzessin Vacciochi, Mehemed Djemil Bey, Prinzessin Lucien Murat und der Herzog von Hamilton. Während des Diners führten zwei Orchester mit Chören verschiedene Musikstücke aus, worunter namentlich das „Vorspiel“ Bach's (für zwei sich erwidende Orchester, eines mit Harfen, das andere mit Chören arrangirt) einen

tieften Effekt hervorbrachte. — Der Kaiser erhob sich um 9½ Uhr und begab sich mit den Personen seiner Tafel in seine Gemächer, wo der Kaffee genommen wurde. Sodann empfing der Kaiser die Kardinäle und die Mitglieder des diplomatischen Corps, worauf Ihre Majestäten die prachtvollen Räume des Hotels durchschritten und sich mit mehreren Personen, namentlich mit den zahlreich anwesenden Prälaten unterhielten.

— Kardinal Patrizi hat von Rom eine Anzahl Rosenkränze und anderer vom Papste geweihter Gegenstände mitgebracht, mit welchen er fast alle ihn Besuchenden freundlichst beschenkt.

— Der „Diritto“ veröffentlicht nachfolgende zwei kurze — aber bezeichnende — Briefe Manin's: Paris, 28. Mai 1856. Die Revolution in Italien ist möglich, vielleicht nahe bevorstehend; wo Zündstoff in Ueberfluß vorhanden ist, bedarf es nur eines Funken, um den Brand zum Ausbruch zu bringen. — In dieser Voraussicht ist es von äußerster Wichtigkeit, sich gegen eine große Gefahr zu wahren, welche für unsere Sache schlimme Folgen haben könnte. So lange in Rom französische Garnison sein wird, darf Rom sich nicht erheben. Es muß mit größter Sorgsamkeit, Sorgfalt und um jeden Preis jeder Anlaß, ja der Vorwand vermieden und entfernt werden, welcher eine Collision mit den französischen Soldaten herbeiführen könnte. Liebt mich immer. Manin.

Die zweite Manin'sche Epistel lautet: Paris, 29. Mai 1856. Wenn erst die Andern und wir selbst wissen werden, daß wir Alle Ein und dasselbe wollen und Alle Ein Ziel verfolgen, dann wird das Selbstbewußtsein unserer Stärke sich verdoppeln und unsere Feinde werden ihre Schwäche erkennen. Wir sind 25 Millionen. Der einhellige Wille einer Nation von 25 Millionen Seelen kann durch keine materielle Macht niedergehalten werden. Unsere Feinde aber zählen (wie dies eben erst ein Wiener Journal spottend wiederholt) auf unsere erwünschte Uneinigkeit. — Laßt uns beweisen, daß sie sich diesmal täuschen; laßt uns ihnen zeigen, daß ihr früherer Verbündeter, unsere Uneinigkeit, der jetzigen Einigkeit erlegen ist. Jeder, der, wie es auch sei, dies zu beweisen beiträgt, wird Italien einen großen Dienst leisten. Die einhellige Zustimmung zu dem National-Motto: „Unabhängigkeit und Vereinheitung (unification)“ und zu seiner gegenwärtigen praktischen Anwendung: „Victor Emmanuel, König von Italien“, muß sich von einem Ende der Halbinsel zum andern durch eine jener tausend Weisen manifestiren, welche ein gährendes Volk so reichlich zu erfinden weiß. — Liebt Euren Freund Manin."

— Prinz Napoleon hat gestern von Havre aus an Bord der „Reine Hortense" seine Nordreise angetreten. Der Prinz reist unter dem Namen eines Grafen von Meudon; der wissenschaftliche Theil seines Gefolges besteht aus den Herren Chojedsky, Giraud, Rousseau und Stahl. Nach kurzem Aufenthalt in Schottland, wird sich die Expedition nach den Küsten von Grönland begeben und, wenn das Eis es erlaubt, die dortigen dänischen Niederlassungen besuchen, die Rückkehr soll über Island, das Nordkap und die norwegischen Küsten stattfinden.

Großbritannien.

London, 16. Juni. In beiden Häusern wurde heute die Regierung bezüglich des Conflicts mit den Vereinigten Staaten interpellirt. Im Oberhause antwortete Lord Clarendon; im Unterhause gab Lord Palmerston folgende Erklärung ab: Zuwörderst habe ich zu bemerken, daß, obgleich die Regierung der Vereinigten Staaten es für angemessen erachtet hat, Herrn Crampton mittheilen, daß die Beziehungen zwischen ihm und ihr nicht fortdauern könnten, und obgleich er infolge davon Washington verlassen hat, diese Anzeige doch nicht die Bedeutung eines Abbruchs der diplomatischen Beziehungen hatte, vielmehr in einer anderen Depesche von dem Ausdrucke des Wunsches, durch den amerikanischen Gesandten an unserm Hofe den diplomatischen Verkehr in Betreff einer andern Angelegenheit fortzusetzen, begleitet war. Nachdem Ihrer Majestät Regierung die Frage von allen Gesichtspunkten aus in Erwägung gezogen hat, ist sie zu der Ansicht gelangt, daß es ihre Pflicht sei, den diplomatischen Verkehr mit dem amerikanischen Gesandten an diesem Hofe nicht abzubringen. Wir sind deshalb bereit, mit ihm wiederum über alle Angelegenheiten

zu unterhandeln, welche die Interessen der beiden großen Länder berühren. Ich denke, das Haus wird einsehen, daß ich meine Pflicht am besten erfülle, wenn ich mich bei der gegenwärtigen Gelegenheit jeder Discussion, die über die Beantwortung der an mich gerichteten Frage hinausgeht, enthalte. Mein erster Freund (Lord J. Russell) hat jedoch die Hoffnung ausgedrückt, daß die dem neulich von hier nach den amerikanischen Gewässern abgeforderten Geschwader erteilten Instruktionen nicht der Art seien, einen unnötigen Zusammenstoß zwischen der amerikanischen und englischen Flotte zu veranlassen. Ich kann dem Hause die Versicherung geben, daß die Regierung eifrig bestrebt ist, einen solchen Zusammenstoß zu vermeiden, daß die dem Befehlshaber des Geschwaders erteilten Instruktionen sich auf den Schutz britischer Interessen, britischer Unterthanen und britischen Eigenthums beziehen, und daß sie Nichts enthalten, was geeignet wäre, einen Zusammenstoß zwischen britischen und amerikanischen Streitkräften herbeizuführen. Wir hielten es allerdings in Anbetracht des damaligen unsichern Standes unserer Beziehungen zu jener großen Seemacht für angemessen, unsere Streitmacht in jenen Gewässern in die Lage zu bringen, daß sie sich etwaigen unglücklichen Vorfällen gewachsen zeigen könnte. Wir mußten stark sein, wollen aber, obgleich wir stark sind, keineswegs der angreifende Theil sein. Auch in Bezug auf die central-amerikanische Frage wird das Haus wohl nicht verlangen, daß ich mich hier auf Einzelheiten einlasse. Ich theile die Ansicht meines edeln Freundes, daß es beklagenswerth sein würde, wenn zwei Länder, die so viele gemeinsame Interessen haben, durch die Verkehrtheit irgend eines Menschen in Feindseligkeiten mit einander gerietzen. Was das Verhalten der Regierung Ihrer Majestät betrifft, so darf ich wohl sagen, daß, gerade weil wir nie besser für einen Krieg gerüstet waren, als eben jetzt, diese unsere Kriegsbereitschaft, auf welche wir stolz sein können, zugleich ein Grund ist, weshalb es uns erlaubt ist, ohne unsrer Würde etwas zu vergeben, in einer so wichtigen Sache, welche so viele Interessen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten betrifft, mit Mäßigung und ruhiger Ueberlegung zu handeln.

London, 17. Juni. General Williams ist gestern Nachmittag hier eingetroffen. In Dover, wo er gestern früh um 10 Uhr landete, ward ihm ein sehr ehrenvoller und herzlicher Empfang zu Theil. Der dortige Gemeinderath überreichte ihm eine Willkommens-Adresse. Seinem Aussehen nach zu urtheilen, erfreut er sich gegenwärtig einer trefflichen Gesundheit. Leider ist einer seiner tapferen Gefährten, der nebst Oberst Lake erst vor Kurzem aus der russischen Gefangenschaft in Hull gelandet war, Major Thompson, vor ein paar Tagen plötzlich gestorben. Er war erst 27 Jahre alt.

— In Manchester ist am 12. d. in den hervorragendsten öffentlichen Lokalen eine Adresse an das amerikanische Volk zur Verhütung des Krieges aufgelegt worden und hatte schon am Abend viele tausend Unterschriften erhalten. Sie ist betitelt: „Adresse der Bürger von Manchester an das amerikanische Volk.“

Dänemark.

Kopenhagen, 14. Juni. Morgen erreicht die zwischen Dänemark und der Regierung der Vereinigten Staaten vereinbarte Verlängerung des Vertrages wegen Zahlung des Sundzoll's ihr Ende. Man glaubt aber, daß den nordamerikanischen Schiffen der gute Rath zur weiteren Zahlung des Sundzoll's erteilt und nebenbei ein Protest gegen jede Rechtsfolgerung oder Meinung, daß Nordamerika Zugeständnisse für die Erhebung des Sundzoll's machen wolle, eingelegt werden wird. Von einer Seite geht man sogar noch weiter und stellt in Aussicht, daß Nordamerika selbst die Theilnahme an den Capital-Zahlungen für den Sundzoll nicht ablehnen werde, wenn auch eine andere Benennung dafür gebraucht werden sollte. Von England sind bis jetzt in der Capitalisierungs-Frage gar keine Anträge gestellt.

Russland.

Petersburg, 9. Juni. Die Entwicklung, die der russischen Marine im schwarzen Meere versagt ist, wird im stillen Ocean angestrebt. Der Amur, Sitka, Dchoz und Petropawlowsk sind in dieser Beziehung Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit und Sorgfalt der Admiralität und des

Sec-Ministeriums geworden. Das holzreiche Gebiet der Lena, die reichhaltigen Eisen- und Kupfer-Bergwerke von Nerstchinsk werden das Material liefern. Die Regierung sendet eine Menge Officiere, Seeleute, Corps-Ingenieure, Arbeiter dorthin ab, und der Vice-Admiral Putiatine ist zur Leitung des großen Werkes ausersehen. Die außerordentliche Thätigkeit der Staats-Regierung am Amur, die Erwerbungen an dessen Stromgebiets sind bekannt. Aber nicht allein in jener fernen Gegend, im weißen Meere, in der Ostsee, auf dem Don, dem Bug, Dniepr, auf dem kaspischen Meere, dem Aralsee, dem Drus und Sarartes sollen zahlreiche Fahrzeuge, die von Dampf getrieben würden, erbaut werden, und zahlreiche Kanonenboote mit Schrauben den russischen Handel mit Asien schützen und Russlands Einfluß und Herrschaft in Persien und Turan, d. h. in Bokhara, China und Kokhand sichern.

Petersburg, 12. Juni. Gestern Abends um 9 Uhr kehrte Se. Majestät der Kaiser auf dem Dampfschiffe Alexander von seiner Reise hierher zurück. Beim Landen auf dem englischen Quai wurde Se. Majestät von den enthusiastischen Rufen des dort zahlreich versammelten Volkes empfangen.

— Der Ober-Polizeimeister macht durch Erlaß auf die Mißbräuche von Vermittlern bei Erlangung ausländischer Pässe aufmerksam und zeigt bei der Gelegenheit an, daß die Paß-Gebühren in Stempel-Abgabe und Paß-Taxe bestehen, von welcher letzteren nur Kaufleute, Künstler und Ausländer, nach einer jüngsten Verordnung auch in's Ausland wegen Heilung von Wunden sich begebende Offiziere nebst Familie befreit sind. Mithin ist die wiederholt angekündigte Aufhebung der hohen Paßsteuer eben so wenig wie die der Censur und anderer, dem früheren Regierungssystem angehörigen Maßregeln begründet.

St. Petersburg. Der Brüsseler „Moniteur“ veröffentlicht das folgende von dem belgischen Minister-Residenten in St. Petersburg an seine Regierung gerichtete, vom 31. Mai datirte Schreiben: „Als nach der Erklärung des Krieges die Häfen von den Flotten der allirten Mächte blockirt waren, hat die kaiserliche Regierung — um den Verkehr mit dem Auslande zu erleichtern — ihren Zolllarif für die Zufuhren über die Landesgrenze, und namentlich für die Colonialwaaren, in bedeutendem Verhältniß herabgesetzt. — Nach der Unterzeichnung des Friedens handelte es sich ernstlich darum, auf diese nur für die Dauer des Krieges ergriffenen Maßregeln zurückzukommen, und die kaiserliche Regierung hat nach ausführlichen Erörterungen beschlossen, die Dinge in ihrem gegenwärtigen Zustand zu belassen. Hierzu ist sie besonders durch die Betrachtung bewogen worden, daß — da noch im Laufe des nächsten Herbstes sehr bedeutende Modificationen in dem allgemeinen Zolllarif eingeführt werden sollen — der Vortheil, den ihr die Zurücknahme der in Rede stehenden Maßregel vor der Revision des Tarifs zuführen könnte, sehr unbedeutend wäre, und nicht die hierdurch dem Verkehr über die Landesgrenze verursachten Störungen und die zahlreichen an die Regierung deshalb zu richtenden Reclamationen aufwiegen würde. Demgemäß werden die kais. Zollämter an den Seegrenzen den Zoll auf die fremden Waaren nach dem frühern allgemeinen Tarif erheben, während die über die Landgrenze eingehenden Waaren der Zollbehandlung nach dem für die Zeit des Krieges herabgesetzten Tarif zu unterziehen sind.“

Helsingör, 17. Juni. Heute hat, nach Ablauf des Vertrages, das erste americanische Schiff auf der Fahrt von Kronstadt nach New-York den Sund passiert; der Capitain hat den Zoll unter Protest bezahlt.

Türkei.

Aus Konstantinopel, 2. Juni, wird der „Independance Belge“ geschrieben: „Die ottomanische Regierung findet es allmählig etwas auffallend, daß das Petersburger Kabinet so lange damit zögert, ihr auf amtlichem Wege die Thronbesteigung des Kaisers Alexander anzuzeigen. Sie erblickt darin ein Zeichen russischer Antipathie und des Widerwillens der russischen Regierung, Beziehungen wieder anzuknüpfen, von welchen sie recht gut weiß, daß dabei der Vortheil nicht, wie früher, ganz auf ihrer Seite sein wird.“

Bucharest, 10. Juni. Wann werden die Oesterreicher das Land verlassen und es von der Pest der Quarantänierung befreien? Der gemeine Mann behauptet ganz fest, die österreichischen Truppen marschirten mit voller Musik aus

dem einen Thore der Stadt und kehrten durch das andere wieder zurück. Die Bürger klagen mehr als je über die Last der Einquartierung und sagen, die Zahl der Truppen wäre hier noch verstärkt. Von Buseo war neulich eine Abtheilung walachischer Soldaten beordert, in Brailow beim Abzuge der Oesterreicher die Wachen zu übernehmen. Das Corps hatte einen Transport Geld und sein Gepäck auf Bauernwagen geladen und war im Abzuge begriffen, als plötzlich durchmarschirende österreichische Ulanen, denen erst für den nächsten Tag Transportwagen versprochen waren, dieser Transportmittel sich zu bemächtigen suchten. Es entstand darüber ein Kampf mit scharfen Waffen, welcher den Walachen 3 Tode und 14 Verwundete kostete. Die Oesterreicher nahmen die Gefallenen und Verwundeten mit sich. Man sucht sowohl von österreichischer Seite, als von Seiten der Regierung diesen Vorfall zu unterdrücken. Das Gerücht sagt, verschiedene Geldkisten wären während des Kampfes erbrochen und der Inhalt geraubt.

Vermischtes.

Man schreibt uns aus Frankfurt, 9. Juni: „Es ist zur Genüge bekannt, welch ansehnlicher Betrag deutschen Capitals in amerikanischen Fonds und Effecten placirt ist. Nach einer mäßigen Schätzung sind es gegen 90 Millionen fl. Die Anlagen geschahen meist in den Jahren 1848 bis 1851, wo die Ungewißheit der politischen Zustände in der alten Welt an eine Sicherstellung ihres Vermögens in der neuen Welt denken ließ. Der hohe Zinsfuß von 8 bis 10 pCt. hatte dabei auch viel Verlockendes. Leider sind die gehegten Erwartungen nicht in Erfüllung gegangen, indem die theils gänzliche, theils temporäre Sistirung der Zinszahlung von Seiten mehrerer Eisenbahn-Gesellschaften sowohl die Sicherheit des Capitals gefährdet, als auch die in Aussicht genommene hohe Rente geschmälert haben. Gewissenlosigkeit und Unwissenheit tragen dabei gemeinschaftliche Schuld. Die Grundsätze, nach welchen man in Amerika Schulden macht, sind nichts weniger, als die der strengen Rechtllichkeit, und der „Actionär“ sagt in seinem gestrigen Leit-Artikel über diese Angelegenheit: „Wie die politische Brutalität der Know-nothings die fremde Einwanderung gemindert hat, so ist die wirtschaftliche Schwinderei auf dem besten Wege, auch den Nest jedes internationalen Credits und Vertrauens zu zerstören.“ Der Actionär hat mit seiner regelmäßig erscheinenden Beilage eines „Anzeigers für amerikanische Fonds und Effecten“ sich ein großes Verdienst erworben. Man findet darin die vollständige Zusammenstellung aller auf diesem Gebiete wichtigen Verkommnisse, die Course der new-yorker Börse nebst beigelegter Notiz für die in Frankfurt gangbaren Sorten von Papieren und dabei eine strenge Controle über das Gebahren der überseeischen Verwaltungsräthe und Banquiers. Uebrigens sind in Frankfurt selbst die Herren Coll u. S., Ph. v. Schmitt, Ph. Donner, Speyer, Ellisen und Ger. Reiß zu einem Comité zusammengetreten mit dem Zwecke, einen Mittelpunkt für alle deutschen Befürworter amerikanischer Fonds zu bilden und durch gemeinschaftliche Maßregeln deren Rechte zu vertreten, nöthigenfalls vor den jenseitigen Gerichten zu verfolgen. Mehrere der ersten deutschen Häuser in New-York, wie die Herren Mayer und Stucken, L. v. Hoffmann, Schuchardt u. Gebhardt, Speyer u. Comp. u. A., sind zur Theilnahme aufgefordert worden und haben dieselbe als im wohlverstandenen eigenen Interesse liegend bereitwillig zugesagt.“

(Eingefandt.)

Eine Circular-Verfügung des Cultusministers vom 19. Mai dringt auf die Verbesserung der Besoldungen für Lehrer an städtischen Schulen, für welche folgende Normen ausgesprochen werden:

Es muß als Regel angesehen werden, daß jede städtische Lehrerstelle ihrem Inhaber die Möglichkeit gewährt, fern von jedem Anspruch des Luxus und höherer Lebensverhältnisse, einen einfachen Hausstand zu gründen und denselben bei Sparsamkeit und Mäßigkeit ohne Sorgen der Nahrung zu führen. Was hierzu erforderlich ist, hat die Königl. Regierung in jedem einzelnen Falle unter strenger Berücksichtigung der Local-Verhältnisse zu prüfen und festzusetzen. Es läßt sich annehmen, daß bei den meisten mehrklassigen städtischen Elementar-

Schulen einzelne, besonders mit kirchlichen Aemtern verbundene Lehrstellen vorhanden sind, deren höheres Einkommen für die jüngeren Lehrer ein Antriebs sein wird, sich der Erlangung solcher Stellen würdig zu machen. Solche höhere Dotationen sind überall möglichst zu conserviren und darf eine Verringerung derselben zu ändern, als Schulzwecken, überhaupt nicht vorgenommen werden, zu Schulzwecken, namentlich zur Verbesserung anderer Lehrstellen, aber nur mit meiner ausdrücklichen Genehmigung. Es liegt im Interesse jeder Schule, resp. Schulklasse, daß ein tüchtiger Lehrer ihr möglichst lange erhalten bleibe. Dieses wird aber nur dann zu bewirken sein, wenn die betreffende Stelle ihrem Inhaber auch ein für die mit dem fortschreitenden Lebens- und Amts-Alter steigenden Bedürfnisse und Ansprüche genügendes Einkommen gewährt. Die Gründung und Dotirung sogenannter Anfängerstellen, hinsichtlich deren man darauf rechnet, daß sie für unverheirathete Schulamts-Kandidaten nur kurze Zeit dauernde Uebergangsposten sein sollen, ist aus den angegebenen Gründen und weil sich sehr häufig später eine Versetzung und Beförderung als unthunlich erweist, möglichst zu vermeiden. Es ist nicht selten das Bestreben städtischer Behörden bemerkbar, höhere Unterrichtszwecke, namentlich durch Errichtung von Reals- und Gewerbeschulen, unter Aufwendung erheblicher Mittel zu fördern. Die Königl. Regierung wird es sich nach wie vor angelegen sein lassen, solche Bestrebungen, wo einem wirklichen Bedürfnis eine gesunde Befriedigung gewährt werden kann, nach Möglichkeit zu unterstützen. In jedem solchen Falle hat aber die Königl. Regierung vorher zu prüfen, ob den Bedürfnissen des Elementar-Schulwesens der betreffenden Stadt, auch, was die ausreichende Befoldung der Lehrer angeht, genügend vorgesorgt ist, damit nicht durch Bevorzugung von besonderen Interessen einzelner Klassen der Bevölkerung das der Gesamtheit dienende christliche Elementar-Schulwesen gefährdet werde. In der dadurch zu erwartenden Hebung der öffentlichen Elementar- und Bürgerschulen wird auch das erfolgreichste Mittel gefunden werden, dem Ueberhandnehmen der Privatschulen zu steuern und die auf diese verwendeten Mittel dem öffentlichen Schulwesen zu erhalten. In letzterer Beziehung erwarte ich, daß die nach § 1 der Staats-Ministerial-Instruction vom 31. December 1839 für die Concessionirung von Privatschulen erforderliche Prüfung des wirklichen Bedürfnisses manchen einseitigen und ungerechtfertigten Bestrebungen gegenüber besonders gewissenhaft und sorgfältig gehandhabt werde. Wenn gegen die nach genauer Erwägung der Verhältnisse für nöthig befundene und anzuordnende Erhöhung der städtischen Lehrers-Besoldungen der Einwand erhoben werden sollte, daß das städtische Budget schon anderweit zu belastet oder die Steuerkraft der Einwohner durch Kommunal-Abgaben zu sehr angespannt sei, so hat die Königl. Regierung, unter angemessener Theilheiligung ihrer Abtheilungen des Innern und der Finanzen, diesen Einwand zu prüfen und nöthigenfalls unter Festhaltung des Grundsatzes, daß die Unterhaltung des Schulwesens, namentlich der Befriedigung materieller Interessen gegenüber, nicht in zweiter Linie der städtischen Verpflichtungen stehen sollte, auf eine Rectifizirung des städtischen Budgets hinzuwirken. Auf diesem Wege wird die Königl. Regierung überall, wo die Unterhaltung der Elementarschulen direkt aus Kommunal-Mitteln erfolgt, das zur Unterhaltung der Schulen Erforderliche, nöthigenfalls durch direkte Festsetzungen, beschaffen lassen können.

Vorstehende Circular-Verfügung des Cultusministers, die wir der Nr. 135 der Vossischen Zeitung entnehmen, ist ganz dazu geeignet, den städtischen Lehrern eine Hoffnung auf endliche, nachdrückliche Verbesserung ihrer Lage zu gewähren, die ihnen, zumal unter den mißlichen Verhältnissen der letztvergangenen Jahre, von Herzen zu gönnen ist. — Wie viel in dieser Beziehung zu thun ist, das wird am deutlichsten aus einer Vergleichung der Lehrergehälter mit den Gehältern der am niedrigsten besoldeten städtischen Unterbeamten erhellen. Wenn z. B. einer der untersten Beamtenposten an der Gasanstalt von Haus aus mit 300 Thlr. dotirt wird, so ist es befremdend, daß Lehrer, welche 10—20 Jahre im Amte sind, diese Gehaltshöhe noch lange nicht erreichen können. — Möchte im Sinne der ministeriellen Verfügung recht bald Hand ans Werk gelegt werden, um den Männern gegenüber, die wahrlich ihr langes, saures Brod gar oft mit Seufzen essen, eine unbefreibare, in ihrem wahren Umfange fast noch nie erkannte Pflicht zu erfüllen.